

Jahresrückblick 2016 der nationalen Plattform zu den Sans-Papiers

Die Sitzungen der Plattform sind immer gut besucht und es finden lebhaftere Diskussionen statt. An Themen fehlt es uns nie!

Zwei Höhepunkte sind als Erstes zu vermerken:

Regularisierung jetzt!

Tagung zur Regularisierung der Sans-^o-Papiers von und mit Betroffenen und Organisationen 6. Februar 2016, Französische Kirche Le Cap Bern

Die Tagung wurde von mehr als 100 Personen besucht. Mit dem etwas provokativen Titel wurde klar und deutlich zum Ausdruck gebracht: Die Regularisierung ist längerfristig die einzige und pragmatische Lösung der Frage des Aufenthaltsstatus der geschätzten 90'00 bis 300'000 Sans-Papiers, die gegenwärtig in der Schweiz leben und arbeiten. Diese Antwort ergab sich auch aus den Inputreferaten. Der Wiener Migrationsforscher Albert Kraler unterstrich dies mit internationalen Vergleichen, die Neuenburger Soziologin Denise Efiouayi-Mäder mit der Analyse der Entwicklung in der Schweiz und Laetitia Carreras mit Verweisen auf ihre Untersuchungen und ihre Praxis im Genfer Centre de Contact Suisses-Immigré-e-s (CCSI). Im offenen Forum tauschten sich Sans-Papiers, Aktivistinnen und Mitarbeitende der Beratungsstellen aus. Zur Sprache kamen insbesondere der erschwerte Zugang zur Gesundheit und zur Erwachsenenbildung, die „Kriminalisierung“ aller Migrierenden, die Angst vor der Aufdeckung, die ökonomische Bedeutung der Arbeit der Sans-Papiers und die Notwendigkeit der besseren Organisation, um die Respektierung der Menschenwürde einzufordern. Im abschliessenden Podiumsgespräch, moderiert von Inés Mateos, Mitglied der Eidgenössischen Migrationskommission, wurden die zuvor eingebrachten Aspekte hinsichtlich den Möglichkeiten einer zukünftigen Regularisierung nochmals aufgegriffen. Die Tagung hatte nicht nur eine starke motivierende Wirkung bezüglich des Engagements, sondern gab auch wichtige Impulse zur weiteren politischen Arbeit der Plattform.

ILO-Abkommen 189 „für menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“

Mit einer Aktion auf dem Bundesplatz in Bern während der Sommersession des Parlaments wurde am 5. Juni 2016 der von der Plattform zusammen mit der feministischen Organisation Women in Development WIDE der Aufruf zur Umsetzung des ILO-Abkommens „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“ im Beisein verschiedener Parlamentarierinnen und Parlamentarier dem Bundesrat übergeben. Der 2015 lancierte Aufruf wurde von rund 60 Organisationen und Institutionen sowie gegen 600 Einzelpersonen unterzeichnet. Damit fordern die Unterzeichnenden vom Bundesrat nicht nur notwendige Massnahmen, um die mit der Ratifizierung des Abkommens eingegangenen Verpflichtungen der Schweiz umzusetzen, sondern auch eine Berichterstattung innerhalb zweier Jahre. Denn viele Personen haben kaum Möglichkeiten, die ihnen auf Grund dieses Abkommens zustehenden Rechte einzufordern, da ihr Aufenthaltsstatus nicht geregelt ist. So leben insbesondere die Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen in einer arbeitsrechtlichen Grauzone.

Die Medienaufmerksamkeit für die ILO-Aktion ist gut gewesen, die Reaktion des Bundesrates deprimierend. Herr Johann Schneider-Ammann hat uns geschrieben und mitgeteilt, dass wir zur Hausangestelltenthematik nichts beizutragen hätten!

Im Herbst ist plötzlich von der ILO her Bewegung in die Sache gekommen und wir haben gemeinsam mit den Gewerkschaften SIT (Genf) und IGA (Basel) eine Stellungnahme verfasst. Eingereicht haben diese die beiden Gewerkschaften, da die ILO nur mit Staatsvertretern und Gewerkschaften verhandelt. Von der ILO bekamen die beiden Gewerkschaften die Antwort, dass sie unsere Eingabe berücksichtigen werden.

Die seit langem angekündigte **Studie des Staatssekretariat für Migration SEM** zu den Sans-Papiers in der Schweiz ist endlich erschienen. Laut der Studie leben in der Schweiz 58'000 – 105'000 Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz, wobei die Zahlen mit grosser Vorsicht zu geniessen sind. Neben einer Analyse der Charakteristika der Sans-Papiers benennt die Studie auch klar die bestehenden Rechte von Sans-Papiers und die Schwierigkeiten und Hürden, diese tatsächlich einzufordern. Sie zeigt auch einen grossen Handlungsbedarf bezüglich Sozialversicherungen auf. Wir haben gewünscht, dass die Studie als Grundlage für die behördliche Sans-Papiers-Entscheidpraxis dient und verfassten eine entsprechende Stellungnahme. Leider haben wir das ganze Jahr hindurch festgestellt, dass – zumindest in der Deutschschweiz – die Erkenntnisse aus der Studie fruchtlos geblieben sind. Die Studie kann auf der Website des SEM gelesen werden: www.sem.admin.ch

Nationalrätin Ada Marra, unsere neue Präsidentin aus der Waadt, hat sich gut eingearbeitet. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit ihr. Im Jahr 2017 wird zudem **Nationalrätin Mattea Meyer** aus Zürich zu uns stossen.

Im vergangenen Jahr hat kein Gespräch mit Bundesrätin Sommaruga stattgefunden. Aber sie hat eine neue Vizedirektorin für den Bereich Zuwanderung und Integration (wozu auch die Härtefallpraxis des SEM gehört) ernannt: Frau Cornelia Lüthy. Auf sie richtet die Plattform grosse Hoffnung. Ein erstes Gespräch mit ihr wird im Januar 2017 stattfinden. Die Vorbereitungen laufen, denn wir möchten endlich die Legalisierungspraxis des Bundes etwas grosszügiger und weniger willkürlich machen. Noch sind, trotz der Hausarbeiterinnenkampagne, viel zu wenig langanwesende Hausangestellte legalisiert worden!

Härtefälle: Es werden leider nur wenige Härtefallgesuche bewilligt, in der Romandie sind es viel mehr Gesuche als in der Deutschschweiz.

Website: Die Plattform ist nun besser zu finden auf der schweizerischen Website www.sans-papiers.ch. Sie muss aber im kommenden Jahr dringend überarbeitet werden.

Finanzen: Es sind verschiedenen Konti auf das Konto der Plattform zusammengeführt worden. Ende Jahr haben sich darauf Fr. 18'944.82 befunden.

An jeder **Sitzung** findet ein sehr lebhaft geführter Informations-Austausch zwischen allen Anwesenden statt. Weitere Themen, die uns beschäftigen haben: Abgewiesene TibeterInnen, Referendum gegen das neue Asylgesetz, Broschüre Hausarbeiterinnenkampagne, AuG Teilrevision, Recht der Sans-Papiers auf gesundheitliche Versorgung, Soliläufe, Lehrstellen für Jugendliche Sans-Papiers, Nothilfe usw.

Die Plattform Sitzungen haben am 28.1., 14.4., 30.6., 1.9. 3.11. stattgefunden. Zudem hat es auch mehrere Sitzungen diverser Arbeitsgruppen gegeben.